

Städte der Zuflucht

FREIRAD

Im Juli und August setzte FREIRAD das Projekt "Die Toten Europas" um. Inspiriert wurden wir von der niederländischen NGO *United Against Refugee Deaths*, die seit 1993 die Toten an Europas Grenzen dokumentiert. Sie bezieht sich dabei auf 1041 Quellen, mit deren Hilfe sie die Informationen über Menschen, die beim Versuch Europa zu erreichen, sterben, zusammen trägt. Im Sommer haben die Zeitungen *The Guardian*, der *Tagesspiegel* und *il manifesto* die aktuelle Liste der Toten als Beilagen veröffentlicht. Ein Dokument von 56 Seiten mit den Namen der 34.361 Toten von 1993 bis Mai 2018. FREIRAD hat diese Liste mit Hilfe von 23 Radiomacher_innen eingelesen. 34 Folgen zu je 30 Minuten wurden im Juli und August täglich um 10 Uhr ausgestrahlt. „Die Toten Europas“ wurden auch in Wien bei Radio Orange 94.0, in Salzburg bei der Radiofabrik, in Kärnten bei Radio AGORA, in Graz bei Radio Helsinki und in Dresden bei coloRadio gesendet. Eigentlich ein unerträgliches Audiodokument.

Schon im Jahr 2012 hat sich FREIRAD mit dem Projekt „Frontex Watch“ mit der Militarisierung der europäischen Außengrenzen beschäftigt. Über zehn Monate haben wir fünf Minuten täglich über die Politik der EU zur Migrationsabwehr berichtet. Auch damals schon über die Toten, die diese Politik fordert.

Seit die von der italienischen Regierung im Oktober 2013 ins Leben gerufene Operation Mare Nostrum zur Rettung von in Seenot geratenen Menschen auf Druck der EU im November 2014 durch die Operation Triton ersetzt wurde, und dadurch die Anzahl der ertrunkenen Menschen wieder deutlich stieg, haben sich mehr und mehr NGOs mit eigenen Schiffen engagiert, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Unter ihnen die Lifeline (Mission Lifeline), die Aquarius (SOS Méditerranée), die Seefuchs (Sea Eye), VOS Hestia (Save the Children), die Phönix (MOAS), die Sea Watch 3 (Sea Watch), Iuventa (Jugend Rettet) und die Open Arms (Proactiva). Die Einsätze zur Seenotrettung wurden vom italienischen Maritime Rescue Coordination Centre in Rom koordiniert. Laut internationalem Seerecht ist jedes Schiff zur Seenotrettung verpflichtet, und ebenso, die Geretteten in einen sicheren Hafen zu

bringen. Im Frühsommer 2017 wurden die Rettungsaktionen der NGOs durch den, von der italienischen Regierung vorgelegten, Code of Conduct neuerlich massiv erschwert. Dieses Regelwerk sieht unter anderem vor, dass gerettete Personen von dem Schiff, das sie aus dem Wasser gezogen hat, auch in einen Hafen gebracht werden müssen. Bislang war es üblich gewesen, dass die Geretteten noch auf dem Meer von deutlich größeren und besser ausgestatteten Schiffen der Küstenwache oder von Frontex übernommen, versorgt und an Land gebracht wurden. Durch den Code of Conduct, der nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages in Teilbereichen rechtswidrig ist und eindeutig dem internationalen Seerecht widerspricht, wurde die Zeit, die den NGO Booten für die Rettung zur Verfügung steht, erheblich beschnitten. In der Liste der Toten sind die steigenden Zahlen nach Ende von Mare Nostrum und dem Beginn des Code of Conduct deutlich ersichtlich.

Mit Herbst 2017 hat sich mit der Beschlagnahme der Luventa die Situation nochmal deutlich verschärft und mit der „Achse“ Kurz-Seehofer-Salvini hat sie sich schließlich im Frühsommer 2018 völlig ins menschenverachtende verkehrt. Die Politik, Menschen ertrinken zu lassen, um so „Abschreckung“ vor der Flucht zu erreichen, ist nicht so neu. Neu ist aber die Unverfrorenheit, mit der dies der bayrische Ministerpräsident, der österreichische Bundeskanzler und der italienische Innenminister aussprechen. Salvini spricht von „Menschenfleisch“, Kurz will Seenotrettungsschiffen das Anlegen in Europa verbieten und Seehofer feiert schon mal die Abschiebung von Menschen nach Afghanistan. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind so im ersten Halbjahr 2018 über 1500 Menschen im Mittelmeer ertrunken – so viele wie schon lange nicht mehr. Die Politik Salvinis, Schiffe erst gar nicht mehr anlegen zu lassen, stößt aber auch auf Widerstand im eigenen Land. Als er die Geretteten auf der Diciotti nicht an Land lassen wollte, gingen die Einwohner_innen von Catania im Hafen auf die Straße und begrüßten die am Schiff Festgehaltenen lautstark, um sie willkommen zu heißen.

Und während sich die österreichische Bundesregierung beharrlich weigert, gerettete Menschen aufzunehmen, schließen sich in Europa mehr und mehr Städte dem International Cities of Refugee Network ((ICORN) an und erklären sich so zu Städten der Zuflucht nach dem Vorbild der US-amerikanischen Sanctuary Cities. Diese Städte sind bereit, geflüchtete Menschen aufzunehmen und leisten so Widerstand gegen die Politik in ihren Ländern. Barcelona machte den Anfang mit dem Einlaufen der Open Arms, der das Anlegen in Italien und Malta verweigert wurde. Es folgte Valencia mit der Aquarius. Viele italienische Städte,

darunter Palermo, zeigten sich ebenso bereit Menschen aufzunehmen, wie Paris, Athen und Zürich.

Mit einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin erklärten sich die deutschen Städte Köln, Düsseldorf und Bonn bereit, Menschen aufzunehmen, ebenso wie Berlin, Osnabrück, Darmstadt, Hamburg, Mainz, Marburg, Münster, Mannheim, Potsdam, Wendland und Wolfsburg.

Bislang ist keine einzige österreichische Stadt im Netzwerk vertreten. Ein guter Grund, gemeinsam Druck auf die Innsbrucker Stadtregierung auszuüben das zu ändern und der menschenverachtenden Politik der Bundesregierung etwas entgegen zu setzen.

FREIRAD

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung Oktober-Dezember 2018